

Beschluss des Landrats vom 02.11.2023

Nr. 139

54. **Basler Asylzentrum in der Grün 80** 2023/575; Protokoll: ps

Regierungsrat **Anton Lauber** (Die Mitte) führt einleitend aus, die betroffene «ALST Brüglingen» sei im Eigentum des Kantons Basel-Stadt und dieser könne daher grundsätzlich über die Nutzung der Anlage verfügen. Bereits in der Vergangenheit, so beispielsweise 2012, wurden Personen aus dem Asylbereich durch Basel-Stadt in der Anlage untergebracht. Die Unterbringungen erfolgten jedoch nach Absprache und Koordination. Beide Kantone informierten einander gegenseitig. Nach den Auskünften von Basel-Stadt werden nur Personen untergebracht, die dem Kanton Basel-Stadt zugewiesen werden. Es ist kein Bundeszentrum. Aus diesem Grund bezahlt der Bund auch keine Sicherheitspauschale und es gibt keine Anrechnung an die Quote.

Nach Auskunft von Basel-Stadt soll Engpässen vorgebeugt werden. Man möchte auf eine dringliche Unterbringung vorbereitet sein. Es ist keine sofortige Inbetriebnahme vorgesehen. Der Betrieb als solches erscheint nicht so problematisch, dies wird geregelt werden können. Speziell jedoch ist das gänzliche Fehlen von Absprachen, dies darf kritisiert werden. Gerade mit Blick auf die Sicherheit ist die Koordination enorm wichtig. Die Anlage liegt auf dem polizeilichen Hoheitsgebiet des Kantons Basel-Landschaft. Es handelt sich um eine komplexe, schwierige und von der Öffentlichkeit genau verfolgte Aufgabe. Es muss mit Vorsicht und Bedacht gehandelt werden, gerade wenn es um Themen wie die Sicherheit geht. Es ist üblich – und es darf unter Nachbarn erwartet werden –, dass informiert wird. Im Kanton Basel-Landschaft ist es auch üblich, dass die Anwohner vor der Eröffnung einer Asylunterkunft informiert werden und der Dialog mit der Gemeinde gesucht wird. Dies fand nicht statt.

Auf Verwaltungsebene hat der Kanton Basel-Landschaft daher bereits auf das Schreiben des Kantons Basel-Stadt reagiert und Kontakt mit der zuständigen Stelle in Basel-Stadt aufgenommen. Dies mit der Absicht, eine Koordination zu erwirken, zumindest vor der Inbetriebnahme des Asylzentrums.

- *Wie und wann wurde der Regierungsrat des Kantons Basel-Landschaft über das geplante Vorgehen des Kantons Basel-Stadt informiert und angehört?*

Der Kanton Basel-Landschaft wurde per Schreiben vom 26. Oktober 2023 informiert. Eine vorgängige Kontaktaufnahme, Anhörung oder Absprache fand nicht statt. Das Schreiben war sehr allgemein gehalten und ging auf keine besonderen Aspekte der geplanten Unterbringung ein.

- *Wurde die Baselbieter Polizei in die Beurteilung der sicherheitsrelevanten Auswirkungen einbezogen?*

Nein, ein vorgängiger Einbezug der Polizei Basel-Landschaft fand nicht statt. Die Polizei wurde am 27. Oktober 2023 über die Planung informiert.

- *Wie und wann wurde die Standortgemeinde Münchenstein in das Vorhaben der Basler Regierung einbezogen?*

Nach Kenntnissstand wurde die Gemeinde Münchenstein in gleicher Weise wie der Kanton mit demselben Schreiben vom 26. Oktober 2023 informiert. Eine weitere Absprache fand nicht statt.

- *Wie ist die Entlastung der Gemeinde Münchenstein (Aufnahmequote) durch das Basler Erstaufnahmезentrum geregelt?*

Es handelt sich um die Unterbringung von Personen, die dem Kanton Basel-Stadt zugewiesen werden. Eine Kompensation innerhalb des Kantons, oder zwischen Kanton und Bund findet daher nicht statt. Der Redner hätte gerne ein gut geführtes Bundesasylzentrum im Kanton, denn dies würde die Gemeinden bezüglich Anrechnung entlasten.

- *Wie stellt der Kanton Basel-Stadt sicher, dass aufgrund der nachweislich ungeeigneten und mit einem erheblichen Konfliktpotential verbundenen unterirdischen Unterbringung von allein reisenden Männern keine sicherheitsrelevanten Auswirkungen entstehen?*

Der Kanton Basel-Stadt hat Erfahrung mit der Unterbringung in unterirdischen Anlagen. Nach der vorliegenden Information des Kantons Basel-Stadt arbeitet er mit der Firma ORS für die Betreuung der Unterkunft zusammen. Sowohl die zuständigen Stellen in Basel-Stadt wie auch die Firma ORS verfügen über Erfahrungen im Bereich des Betriebs von unterirdischen Anlagen.

Es hängt jedoch davon ab, wie der Betrieb geführt wird und welche zusätzlichen Massnahmen (Sicherheit, Beschäftigungen, Belegungsdauer etc.) getroffen werden. Genauere Angaben liegen dem Kanton Basel-Landschaft aufgrund der fehlenden Absprache nicht vor.

- *Ist der Regierung oder der Gemeinde Münchenstein das entsprechende Konzept bekannt?*

Weder dem Regierungsrat, der Polizei noch der Gemeinde Münchenstein ist ein solches Konzept bekannt. Es wurde lediglich eine Kontaktadresse für allfällig auftretende Schwierigkeiten kommuniziert.

- *Wie beurteilt die Baselbieter Regierung die Tatsache, dass nun im Perimeter Münchenstein/Arlesheim gleich zwei grössere Aufnahmezentren für allein reisende Männer betrieben werden, nachdem bereits mit dem Bundesasylzentrum in Arlesheim seit Monaten regelmässig Konflikte unter den Bewohnenden zu beobachten sind mit erheblichen Auswirkungen auf die Anwohnenden und einem massiven Anstieg der Kriminalität in Arlesheim?*

Da in der ALST weder Frauen, Kinder noch besonders verletzte Personen untergebracht werden sollen, ist es denkbar, dass im Raum Münchenstein aus polizeilicher Sicht mit ähnlichen Problemen wie um vergleichbare Aufnahmezentren herum zu rechnen ist. Die basellandschaftliche Polizei ist zuständig, für Ruhe, Ordnung und Sicherheit zu sorgen.

- *Wie erfolgt die Abgeltung der bei der Baselbieter Polizei mutmasslich anfallenden Sicherheitskosten durch den Kanton Basel-Stadt?*

Da keine Absprache stattgefunden hat, gibt es keine entsprechende Vereinbarung. Der Wunsch ist, dies nachzuholen. Es ist unschön. Aber es werden nun Absprachen getroffen und die Koordination erfolgt – und auch die Sicherheitsdiskussion wird mit dem Kanton Basel-Stadt geführt. Dann sollte es möglich sein, die ALST so betreiben zu können. In Muttenz hat das Bundesasylzentrum immer gut funktioniert. Aber zwischen Nachbarn sind Absprachen zwingend notwendig.

Andreas Dürr (FDP) wünscht die Diskussion, obwohl er im Moment sprachlos ist.

://: Der Diskussion wird stattgegeben.

Balz Stückelberger (FDP) ist ebenso sprachlos wie Andi Dürr. Aufgrund der Antworten – die so zu befürchten waren – ist festzustellen, dass Basel-Stadt massive Probleme mit dem Erstaufnahmezentrum an der Bonergasse hat, dieses per Ende Jahr schliesst und nun das Ganze ins Baselbiet exportiert. Dies erfolgt ohne Absprache, ohne Vorwarnung und ohne Konzept. Nimmt man dies als Gradmesser für die Zusammenarbeit zwischen den beiden Kantonen, ist man auf unterirdischem Niveau angelangt. Gegenüber diesem Vorgehen bestehen allergrösste Bedenken. Ab

nächster Woche soll das neue Asylzentrum theoretisch funktionieren. Es gibt nicht mehr viele Möglichkeiten – ausser der Landrat sendet ein klares Signal in die Stadt, mit der ultimativen Forderung, sämtliche offenen Fragen zu klären, bevor das Zentrum in Betrieb genommen wird. Es gibt genügend Erfahrungen. In Arlesheim musste man schmerzhaft erfahren, was geschieht, wenn ein solches Zentrum ohne Konzept eingerichtet wird. Es wurde versucht, dies zu korrigieren. Es geht um die spezifische Population, die zu Gast sein soll. Als in Arlesheim ebenfalls allein reisende junge Männer beherbergt wurden, die auch für die ALST vorgesehen sind, gab es vom ersten Tag an massive Probleme und tägliche Polizeieinsätze. Es brauchte Interventionen des Gemeinderats. Auch die Firma ORS hatte es überhaupt nicht im Griff.

Der Redner hat allergrösste Bedenken, dass die ALST funktionieren wird. Mit einer grossen Blauäugigkeit und Respektlosigkeit gegenüber dem Kanton Basel-Landschaft und der Gemeinde Münchenstein wurde das Projekt aufgegleist. Die offenen Punkte müssen geklärt werden, damit am Schluss akzeptable Bedingungen für alle – die Bewohner, die Nachbarn, die Gemeinde und den Kanton – geschaffen werden.

Stephan Ackermann (Grüne) hält fest, die Grüne/EVP-Fraktion sei schockiert über diese Art der Zusammenarbeit. Es besteht ein reger Austausch auf Regierungsebene, eigentlich versteht man sich und diskutiert – und nun wird man von den Tatsachen überrollt. Es handelt sich um eine Verlagerung beziehungsweise einen Export einer herausfordernden Aufgabe, die der Kanton Basel-Stadt hat. Es braucht eine Protestnote nach Basel: So stellt man sich die Zusammenarbeit überhaupt nicht vor. Man ist bitter enttäuscht. Basel-Landschaft muss sich auch gewisse Konsequenzen überlegen. So geht man nicht miteinander um. Die Fakten zeigen, dass Basel-Stadt mit einer gewissen Überheblichkeit mit Basel-Landschaft umgeht. Dies geht nicht.

Peter Riebli (SVP) ist nicht sprachlos, sondern tief konsterniert. Es ist ein weiteres Zeichen, dass Basel-Stadt Basel-Landschaft wie die kleine, arme, *verschupfte* Verwandte behandelt. Dies ist nicht das erste Mal – Peter Riebli erinnert an die Gesundheitsversorgungsregion, wo es in den letzten Monaten den gleichen Eklat gab. Es ist höchste Zeit, dass dem Nachbarkanton zu verstehen gegeben wird, dass Basel-Landschaft ebenfalls ein vollwertiger Kanton ist und ernstgenommen werden muss und nicht so behandelt werden kann. Die Problematik der Unterbringung allein reisender junger Männer ist allgemein bekannt und wurde mehrfach thematisiert. So geht man unter Nachbarn nicht um. Dreht man den Spiess um: Basel-Landschaft hat zahlreiche Ferienheime in Glarus oder anderswo, in die ebenfalls Asylanten abgeschoben werden können, ohne mit den Standortkantonen Rücksprache zu nehmen. Das ist nicht die Art und Weise, wie man unter Kantonen miteinander umgeht. Es schlägt der Flasche den Boden aus, dass sich der Kanton Basel-Landschaft dies bieten lassen muss. Es braucht ein klares Signal nach Basel-Stadt – auch wenn Basel-Landschaft im Moment nicht in Geld schwimmt wie die Stadt –, dass man sich dies nicht bieten lässt. Eine klare Protestnote ist nötig. Lässt sich Basel-Landschaft dies bieten, wird Basel-Stadt den Kanton bei sämtlichen anderen Themen genauso überfahren. Es kann nicht sein, dass der Regierungsrat quasi aus der Zeitung erfahren muss, dass eine solche Asylunterkunft auf Baselbieter Boden errichtet wird. Es geht nicht um eine Kapazitätserweiterung, sondern Basel-Stadt schliesst die Unterkunft an der Bonergasse per Ende Jahr. Es geht um eine Verschiebung nach Basel-Landschaft. Zeigt der Kanton hier nicht klar Flagge, muss er dies nie mehr tun wollen.

Andreas Dürr (FDP) unterstreicht die Worte des Vorredners. Das Ganze steht in einem Gesamtkontext – es ist eine zunehmende Verschlechterung der Stimmung in Bezug auf Kanton Basel-Stadt wahrzunehmen, was der Redner sehr bedauert. Das zeigt sich zum Teil subkutan – beim Rheintunnel, der Osttangente, der Spitalpolitik – und sogar in so unschönen Kleinigkeiten wie der Verlegung des Sitzes von Swiss Indoors. Es wird langsam zu viel gestichelt. Die Übergriffigkeit – der Export der nicht handhabbaren Asylbewerber, die Transferierung in den Nachbarkanton ohne

Information, ohne Konzept, ohne Kostengutsprache etc. – geht zu weit. Andreas Dürr bittet den Regierungsrat, mit einem aufrichtigen Auftrag des Landrats hinzugehen und zu fordern, dass die in den Fragen enthaltenen Forderungen erfüllt werden. Der Landrat muss dem Regierungsrat den Rücken stärken. Der Regierungsrat soll dem Landrat über das Ergebnis der Absprachen berichten. Sollten keine Absprachen mit der Gemeinde und dem Regierungsrat über Kosten, Konzept etc. resultieren, dann müsste sich der Landrat überlegen, welches die Konsequenzen sind. Es ist zu hoffen, dass es nicht so weit kommt und der Kanton Basel-Stadt zuhört, wie das Empfinden hier im Baselbiet ist. Es wäre schön, wenn ein Zeichen von Basel-Stadt kommt.

Tim Hagmann (GLP) betont, es sei nicht in Ordnung, was geschehen ist. Aber man denke an den Begriff «Hanlon's Razor»: Schreib nicht der Bösartigkeit zu, was durch die Dummheit erklärt werden kann. Man muss nicht das Schlimmste erwarten, denn es ist noch nicht bekannt, ob ein Konzept vorliegt. Das Vorgehen ist unschön und es muss nachgefragt werden, das ist richtig. Aber es ist gefährlich, in eine maximale Eskalationsstufe zu gehen und das Schlimmste anzunehmen. Dies macht die Beziehung zu Basel-Stadt auch kaputt. Es braucht ein klares Zeichen, aber man sollte nicht das Schlimmste annehmen, sondern dass ein Fehler passiert ist.

Andreas Dürr (FDP) sagt zum Vorredner, wenn das eine Eskalation gewesen sein sollte, dann kenne dieser Andreas Dürr noch nicht.

Andi Trüssel (SVP) will nicht in die Details gehen, aber die Abmachungen, die von beiden Kantonen zum Grenzkraftwerk Birsfelden getroffen wurden, wurden ein Jahr später von der neuen Regierung Basel-Stadt anders gesehen – und dies wurde auch schriftlich bestätigt durch das Bundesamt für Energie.

Simone Abt (SP) hält fest, auch die SP-Fraktion goutiere das Vorgehen von Basel-Stadt nicht. Die Rednerin stimmt Tim Hagmann zu, dass es wohl eine Erklärung gebe, und diese hätte der Kanton Basel-Landschaft gerne. Der Lärm wurde gemacht und wahrscheinlich war dies auch in Basel-Stadt zu hören. Der Rest liegt bei Regierungsrat Anton Lauber, der dem Landrat über die Reaktionen berichten wird. Die Rednerin ist sicher, dass die Fragen beantwortet werden können, insbesondere zu Themen wie Entschädigungen und Sicherheit der Anlage. Das Land mag dem Kanton Basel-Stadt gehören, jedoch kann die Absicherung der Umgebung nicht einfach an Basel-Landschaft delegiert werden. Es braucht weitere Informationen. Auf diese ist man gespannt.

://: Die Interpellation ist beantwortet.
